



Königsberg / Kaliningrad – eine geographische und politische Sonderregion Europas

Entschließung der Landesversammlung am 01./02.07.2005 in Fellbach

I. Historische Entwicklung von Königsberg

Königsberg wurde **1255** vom **Deutschen Orden** gegründet und zu Ehren des Böhmenkönigs Ottokar II. benannt. Nach dem Verlust der Marienburg an den König von Polen (**1457**) wurde Königsberg Sitz der Hochmeister des Deutschen Ordens und **1525** der Herzöge von Preußen. **1701** krönte sich hier Kurfürst Friedrich III. von Brandenburg zum König von Preußen.

Das **18. Jahrhundert** gilt in Deutschland als das Jahrhundert Königsbergs. Entscheidende Impulse auf den Gebieten der Philosophie und Literatur gingen vom Umfeld der **Albertina** aus, der 1544 gegründeten evangelischen Universität. Neben Wissenschaftlern, Historikern und Schriftstellern wie **Johann Herder** (1744-1803) war es vor allem der Philosoph **Immanuel Kant** (1724-1804), der zum Ruhm Königsbergs beitrug. Auch prominente Ostpreußen aus späterer Zeit wie Marion Gräfin Dönhoff, Kurt Schumacher, Siegfried Lenz, Heinz Galinski, Rainer Barzel und Herbert Ehrenberg leisteten bedeutende Beiträge zum gesellschaftlichen und kulturellen Leben Deutschlands aus ostpreußischen Quellen.

Die Bevölkerung des agrarisch geprägten und evangelisch orientierten Landes – eine Ausnahme bildete das katholische Ermland – lebte zu 2/3 in Kleinstädten und Landgemeinden. Von den bei der Volkszählung im Jahre **1905** ermittelten mehr als zwei Millionen Einwohnern sprachen über 1,6 Millionen deutsch, knapp 300.000 polnisch und etwa 100.000 litauisch. Die also im Wesentlichen deutsche Bevölkerung ging auf Siedler zurück, die vom Deutschen Orden schon im Mittelalter vom Rhein, aus Niedersachsen und aus Franken ins Land der Pruzzen geholt worden waren.

Die ethnische Zusammensetzung der ostpreußischen Bevölkerung sollte sich bis 1945 kaum verändern: Lediglich 3 % bekannten sich zu einer fremden Nationalität.

Nach dem 1. Weltkrieg wurde Ostpreußen infolge der im Versailler Vertrag festgeschriebenen Gebietsabtretungen Deutschlands im Jahre **1920** durch den sog. „**Polnischen Korridor**“ geographisch vom übrigen Reichsgebiet abgetrennt. Eine direkte Verbindung zum Reich bestand in der Folgezeit nur über die Ostsee.

Bei einer Größe von 39.300 km² (einschl. Memelland) war Ostpreußen fast so groß wie die Schweiz. Vor 1945 wurden zwei Drittel der Gesamtfläche landwirtschaftlich genutzt, davon 69 % als Ackerland. 19 % dienten der Waldwirtschaft. Berühmt war Ostpreußen für seine Pferdezucht und seinen Bernstein aus dem Samland. Ferner war Torfstecherei verbreitet. Auch der Tourismus entwickelte sich vor dem Hintergrund einer herrlichen Landschaft. Bemerkenswerterweise wurde Ostpreußen von den Zeitgenossen zudem als die „**Kornkammer**“ Deutschlands bezeichnet. Die Industrie beschränkte sich im Wesentlichen auf Großstädte wie Königsberg, Ragnit, Elbing und Memel.

Das gesellschaftspolitische Klima der Region verband agrarische Strukturen mit evangelisch-pietistischen und deutsch-nationalen Elementen und fand seine Verkörperung in der Person des Generalfeldmarschalls und Reichspräsidenten **Paul von Hindenburg**.

Das Stereotyp des osterbischen Junkers wurde zu unrecht zum Pseudonym für reaktionäre und anti-demokratische Denkweisen. Die **Reichstagswahl** von **1928** – am Vorabend der Weltwirtschaftskrise – spiegelte die politische Stimmung in Ostpreußen in besonderer Weise wider. So erhielten die **DNVP 31,4 %**, die **SPD 26,8 %**, die **KPD 9,5 %**, das **Zentrum 7,4 %** und die **NSDAP** lediglich **0,8 %** der Stimmen. Die Vorstellung von Ostpreußen als Bollwerk und Speerspitze des Nationalsozialismus ist daher sicherlich oberflächlich und falsch. Auch wenn die NSDAP in Ostpreußen 1933 auf 56,5 % der Stimmen answoll, so erhielten die linken Oppositionsparteien doch immerhin noch 23 % der Stimmen – trotz allen Drucks der Nationalsozialisten.

Verhängnisvoll für das weitere Schicksal Königsbergs und Ostpreußens wirkte sich aus, dass der ostpreußische Gauleiter und Oberpräsident Erich Koch ab **1941** als Generalkommissar für die besetzte Ukraine eingesetzt wurde. Mit seiner brutalen und Hass schürenden Ausbeutungspolitik machte er sich und Ostpreußen zum bevorzugten Hassobjekt der Sowjet-Propaganda. Die Ostpreußen sollten dafür am Ende des 2. Weltkriegs einen bitteren Preis zahlen.

II. Von Königsberg nach Kaliningrad

Gegen Ende des 2. Weltkriegs wurden Königsberg und Ostpreußen Kriegsgebiet. Nach einem ersten militärischen „Einbruch“, der Russen im Oktober 1944 (Nemmersdorf) vollzog sich der Untergang Ostpreußens mit der Einschließung und **Eroberung Königsbergs** im **April 1945**. Hier bekamen die Ostpreußen als erste die ungebremste Wut und den Hass der russischen Truppen zu spüren. Von den ca. 2,4 Millionen Einwohnern starben in einer Vernichtungssorgie ca. 500.000.

Bis 1948 wurden Ostpreußen und Königsberg durch systematische Maßnahmen der Besatzungsmacht von der deutschen Bevölkerung „gesäubert“. Mittel dazu waren Drangsalierungen in allen Formen: Deportationen, Hunger und Tod. Die Städte verloren ihre angestammten Namen und erhielten solche politischer und militärischer Sowjetführer. Mit dieser ethnischen und kulturellen Säuberung einher ging der Versuch, einer systematischen „**Russifizierung**“ Ostpreußens. Parallel dazu wurden nahezu alle Zeugnisse der deutschen Kultur beseitigt, die Geschichte Ostpreußens und ihrer Menschen auf die Epoche des Nationalsozialismus reduziert und Königsberg als „Höhle des faschistischen Untiers“ und „Brutstätte des deutschen Militarismus“ gebrandmarkt.

Militärgeographische und ideologische Überlegungen ließen aus diesen Gründen von Anfang an die Annexion Ostpreußens als folgerichtig und zweckmäßig erscheinen - vordergründige Betrachtungsweisen, denen die **Konferenz von Potsdam** im **August 1945** Rechnung trug. Dort wurde das nördliche Ostpreußen mit Königsberg (vgl. Karte) der Sowjetunion als „Verwaltungsgebiet“ zugesprochen. Daraus entwickelte sich das Königsberger, später das Kaliningrader Gebiet unter der Hoheit der UdSSR.

III. Kaliningrad

Kaliningrad ist heute eine triste Großstadt mit 394.000 Einwohnern. Durch die konsequente Russifizierung wurden die Spuren der Deutschen und ihrer Kultur konsequent getilgt. Die Gebäude, die nicht schon während der Kämpfe 1945 zerstört worden waren, fielen Brandschätzungen und vorsätzlichen Zerstörungen zum Opfer. Ersetzt wurden sie nach und nach durch architektonische Unprodukte des sog. „**sozialistischen Realismus**“. Nichts erinnert mehr an die einstige Anmut der Stadt und des Landes. Vorzugsweise wurde Militär angesiedelt. Von den ca. 900.000 Einwohnern der Oblast Kaliningrad sind ca. 500.000 Militärangehörige oder deren Familienmitglieder. Diese geballte Militärpräsenz – insbesondere Marineeinheiten und Raketentruppen – verursachen natürlich bei den Nachbarn „Kopferbrechen“. Kein Wunder also, dass Ostpreußen und Königsberg **bis 1990** als striktes **militärisches Sperrgebiet** behandelt wurden.

Daneben wirkt die wirtschaftliche Entwicklung eher bescheiden. Es dominieren, wenngleich nur fragmentarisch, die Sektoren der Vorkriegszeit: Hafen und Werften, Nahrungsmittelindustrie, insbesondere Fischverarbeitung, Bernstein, Düngemittelherstellung, Papier- und Zelluloseherstellung sowie eine Waggonfabrik. Interessanterweise sind die Bundesrepublik Deutschland und die Schweiz Hauptabnehmerländer.

Gleichzeitig ist die Entwicklung in Kaliningrad durch eine hohe Arbeitslosigkeit und Kriminalität gekennzeichnet. Sie sind Symptome einer tief greifenden **wirtschaftlichen und sozialen Krise**. Die Betriebe leiden unter Kapitalknappheit und die Menschen unter permanenten Versorgungsengpässen und einer Funktionärsclique, die wenig demokratisch, weltgewandt und offen für Neuerungen ist. Es dominiert der Politiker des klassischen sowjetischen Typs der Ära Breschnew. In vielen Betrieben existiert der Schlendrian der kommunistischen Ära. Alkoholismus ist dabei nicht nur ein wirtschaftliches, sondern auch ein gesellschaftliches Problem.

Und obendrein entwickelten sich ab den 90er Jahren Gefühle der **Isolation** und des Abgeschnittenseins, da sich Ostpreußen – hier scheint sich Geschichte zu wiederholen - zumindest geopolitisch und militärgeographisch exakt wieder in der Situation von 1920 befindet. Vielleicht erklärt der Wunsch nach Anbindung, Identität und Fortschritt die **Renaissance der deutschen Kultur und Sprache** in Ostpreußen und Königsberg. Jedenfalls wurde Kaliningrad für westliche Touristen geöffnet. Auch ein Soldatenfriedhof für die rund 200.000 in Ostpreußen gefallenen deutschen Soldaten soll eingerichtet werden. Die Wiedererrichtung von Kirchen wird von der evangelischen Kirche gefördert. Und vordergründig sind deutsche Investoren erwünscht, doch sind ambivalente Gefühle sichtbar!

IV. Entwurf einer „Kaliningrad“-Resolution

Die Erweiterung der Europäischen Union um Polen und die baltischen Staaten isoliert die zur „Russischen Föderation“ gehörige Region Kaliningrad vom russischen Mutterland und schafft insgesamt eine komplizierte und problematische geopolitische, wirtschaftliche und sozialpsychologische Situation für Russland, aber auch für die Nachbarstaaten.

Eingedenk der historischen und kulturellen Verbundenheit und Verpflichtungen, die gerade die Deutschen zu dieser Region und ihren Menschen empfinden, und von dem Wunsch geleitet, Frieden, Zusammenarbeit und Toleranz in ganz Europa zu fördern, schlägt der Arbeitskreis EU-Erweiterung als erste Schritte folgende Maßnahmen vor:

1. Die Region Kaliningrad steht und verbleibt in der politischen Verantwortung der Russischen Föderation.
2. Die Europäische Union wird alles tun, um in der Region Kaliningrad die legitimen Interessen Russlands – insbesondere den reibungslosen Transitverkehr – zu schützen.
3. Alle Maßnahmen, die geeignet sind, die ökonomische und soziale Situation in der Region Kaliningrad zu stabilisieren oder zu verbessern, werden von der Europäischen Union unterstützt. Dies gilt auch für die Entwicklung externer Wirtschaftsbeziehungen und den kulturellen Austausch.
4. Zukunftsgerichtete Aktivitäten, insbesondere in den Bereichen Telekommunikation, Energie, Ökologie, Verkehrsinfrastruktur, Handel und Finanzwirtschaft sollen gefördert werden.
5. Ausländische Direktinvestitionen sollen nicht nur geschützt, sondern auch unterstützt werden. Partnerschaften sollen gefördert werden.
6. Verständigung und Kooperation sollen von der russischen Seite durch vertrauensbildende Maßnahmen begleitet werden, die zu einer erheblichen Verringerung der dort stationierten militärischen Kräfte führen.
7. Rechtssicherheit, der Aufbau demokratischer Institutionen und verfahren mit dem Ziel der Schaffung verlässlicher legislativer und administrativer Strukturen und der Konstituierung einer Zivilgesellschaft sollen angestrebt und nachhaltig unterstützt werden.